

chenende erfolgreiche Tagungen der DVD, des FfF und die Big-BrotherAwards erlebten und Bielefeld zur *Hauptstadt des Datenschutzes* machten. (Nebenbei: Dieses Zusammentreffen war für mich persönlich die Gelegenheit, auch Mitglied der DVD zu werden.) Drei Jahre später trafen wir uns in Köln zur gemeinsamen Jahrestagung. Ungezählt sind die FfF-Mitglieder und Freunde, die an diesem Tagungsort teilnahmen. Wir teilen die Sorge über die zunehmende Überwachung und die Auswirkungen des Lebens durch staatliche Überwachung auf Wirtschaftsunternehmen, uns eint das Ziel, einen effektiven Datenschutz sicherzustellen – juristisch wie technisch.

Die aktuellen Entwicklungen lassen nicht erwarten, dass uns die Arbeit in absehbarer Zeit ausgehen wird. Es gilt, ein effektives Datenschutzrecht und einen wirksamen technischen Datenschutz auch im Zeitalter von *Big Data* fortzuentwickeln und

erschieden in der FfF-Kommunikation,
herausgegeben von FfF e.V. - ISSN 0938-3476
www.fiff.de

dem Datenhunger von Wirtschaftsunternehmen und ihren datenorientierten Geschäftsmodellen ebenso wie einer Sicherheitspolitik, die längst jedes Maß verloren hat, unsere alternativen Modelle entgegensetzen. Das FfF freut sich darauf, für diese Ziele weiterhin in einer starken Partnerschaft an der Seite der DVD zu stehen.

bei weitem nicht genug! Das FfF fordert und gesellschaftliche Verantwortung. Der Vereinigung für Datenschutz zum 40-jährigen Bestehen und wünscht ihr auch in Zukunft Engagement, Zivilcourage, Durchhaltevermögen, politische Kraft und vor allem: Erfolg für ihre Initiativen. Ein starker Datenschutz und eine starke DVD ist in unser aller Interesse.

Stefan Hügel
Vorsitzender des FfF

Lesen –

Neues für den Bücherwurm

Dagmar Boedicker

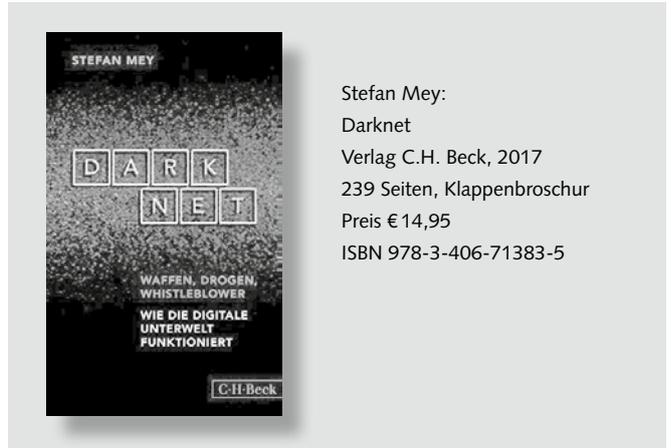
Stefan Mey: „Darknet“

Wie dunkel ist das Darknet?

Das Buch ist lesenswert. Nicht nur, aber auch für Menschen, die die FfF-Kommunikation lesen. Ja, der Titel Darknet. Waffen, Drogen, Whistleblower. Wie die digitale Unterwelt funktioniert, ist etwas reißerisch – geschenkt. Stefan Mey hat ordentlich recherchiert und bietet auch weniger bekannte Fakten wie die Debatte um die Finanzierung des Tor-Netzes, interne und externe Diskussionen um seine Sicherheit, Information zu Studien und den kritischen Stimmen. Er treibt auch nicht die Sau (pardon) des ach so gefährlichen dunklen Netzes durchs Dorf. Der Titel dürfte eher den Vorstellungen des Verlags als seinen eigenen entsprungen sein.

Die Lektüre lohnt sich. Mey schreibt so flüssig, dass Bekanntes sich rasch überfliegen lässt, und manches ist wirklich spannend. Wie die Geschichte des Tor-Projekts und seine paradoxe Finanzierung (S. 121ff), die häufige Gleichsetzung von Verschlüsselung mit Finster-Illegalem statt mit einer Chance auf unbeobachtete und unzensurierte Kommunikation, der geringe Anteil packender Ansätze (S. 173ff). Mey beschreibt mit vielen Beispielen die verschiedenen Nutzungsformen des .onion-Netzes und fragt, ob es in Zukunft wichtiger werden wird, zeigt Perspektiven dafür auf und entwickelt vier Szenarien, wie eine weitere Entwicklung aussehen könnte (S. 178ff). Mey betrachtet das politische Umfeld, die Dominanz der (US-)Monopolisten und Überwachung durch die Geheimdienste sowie mögliche Folgen für die Demokratie. Er beklagt die in der EU mangelhafte Finanzierung von Software: Anders als in den USA ist es für kleinere Nichtregierungs-Organisationen hier fast unmöglich, Förderung beispielsweise für Open-Source-Projekte zu erhalten. Die Anträge sind zu bürokratisch und aufwändig.

Zwiebelfreunde, einem Staatsanwalt und anderen. Außerdem eine Aufstellung alternativer sicherer Netze, eine Einschätzung der Sicherheit von Tor und ein Glossar mit gut verständlichen Erklärungen.



Stefan Mey:
Darknet
Verlag C.H. Beck, 2017
239 Seiten, Klappenbroschur
Preis € 14,95
ISBN 978-3-406-71383-5

Der Autor bemüht sich um eine realistische Einschätzung sowohl der illegalen als auch der polizeilichen Aktivitäten, erklärt die Akteure und Zuständigkeiten und zitiert ihre Einschätzungen. Er setzt sich seriös mit der Debatte um Jacob Appelbaum auseinander. Im Anhang findet sich zwar leider kein Index, dafür aber Interviews mit Wissenschaftler:innen, dem Gründer der

Fazit: Der Einstieg in das Buch ist etwas reißerisch, einige Redundanzen gibt es auch. Dem Buch ist trotzdem eine weite Leserschaft vor allem unter denen zu wünschen, die zwar gern und viel das Internet nutzen, verschlüsselte Kommunikation aber für Teufelszeug halten.

Lühr Henken (Hg.) – „Spannungen, Aufrüstung, Krieg – und kein Ende?“

Unter diesem Titel melden sich Autor:innen aus Friedensforschung, Politik, Gewerkschaft und Friedensbewegung zu Wort, die neben ihren Analysen auch Lösungsansätze anbieten und zu eigenverantwortlichem politischen Handeln anregen. Ihre Texte basieren auf Beiträgen, die sie auf dem 23. bundesweiten Friedensratschlag am 3. und 4. Dezember 2016 in der Universität Kassel gehalten haben.

Die Autor:innen sind:

Jacqueline Andres * Matin Baraki * Murat Çakır * Erhard Crome * Sevim Dagdelen * Jörg Goldberg * Joachim Guilliard * Lühr Henken * Stefan Hügel * Reinhard Lauterbach * Karin Leukefeld * Sabine Lösing * Dietrich Meyer-Ebrecht * Willi van Ooyen * Konrad Ott * Anne Rieger * Clemens Ronnefeldt * Werner Ruf * Conrad Schuhler * Michael Schulze von Glaßer * Christopher Schwitanski * Ingar Solty * Benno Stahn * Jörg Tiedjen * Bernhard Trautvetter * Philipp Vollrath * Rainer Werning

Das Jahr 2016 – ein Jahr starker internationaler Erschütterungen. Die Wahl Donald Trumps und der Brexit verunsichern nachhaltig. Die Kriege im Nahen und Mittleren Osten, in Nordafrika und in Afghanistan halten an, lassen die Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg auf ein Rekordniveau anschwellen. Terrorangst, Nationalismus und Rassismus führen zu Abwehrmaß-

nahmen gegen Flüchtende. Die NATO setzt verstärkt auf Aufrüstung, erhöht durch Kriegsmanöver und Truppenstationierung die Spannungen an der Westgrenze Russlands. Die deutsche und französische Regierung dynamisieren die Militarisierung der Europäischen Union. Die NATO-Staaten sehen in einer massiven Steigerung ihrer Militärausgaben eine Antwort auf die Zunahme von Verunsicherung, aber auch ein Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen. Dies stellt eine Herausforderung für Friedenswissenschaft und Friedensbewegung dar, über die Konfliktanalyse hinausgehende Lösungsansätze zu finden, die Kriege als Mittel der Politik ausschließen.

(Aus dem Ankündigungstext des Verlags)



Lühr Henken (Hrsg.): Spannungen, Aufrüstung, Krieg – und kein Ende?
Konfliktanalysen und Lösungsansätze aus der Friedensbewegung, Kasseler Schriften zur Friedenspolitik Band 23, Kassel 2017
248 Seiten, kartoniert, mit einigen Abbildungen
Preis: € 15
ISBN 978-3-95978-048-3

vorgänge – Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik

Rückkehr zum gerechten Krieg?

Immer wenn ein bewaffnetes Kontingent der deutschen Bundeswehr zu einem Krisenschauplatz irgendwo auf der Welt in Marsch gesetzt wird, geschieht dies nur aus hehren Motiven. So wurde z.B. die Beteiligung an den – verharmlosend als „Luftschläge“ bezeichneten – Bombardierungen Restjugoslawiens im Jahre 1999 als „humanitäre Intervention“, als unverzichtbare Maßnahme zum Schutz akut bedrohter ethnischer Minderheiten hingestellt. Der „Hufeisenplan“ der serbischen Regierung, auf den die damaligen Außen- und Verteidigungsminister Joschka Fischer und Rudolf Scharping zur Begründung verwiesen, stellte sich allerdings schon kurze Zeit später als Fake heraus, als Erfindung westlicher Geheimdienste.

Der Historiker Wolfram Wette zeigt, dass es sich hierbei keineswegs um einen Einzelfall handelte: Gezielt verbreitete Lügen haben immer wieder als Legitimation bei der Entfaltung von Kriegen gedient, um politische Widerstände zu überwinden und um die Herzen der Menschen und ihre Opferbereitschaft für den angeblich unausweichlichen „Waffengang“ zu gewinnen. Schließlich hat die Zivilbevölkerung immer wieder am eigenen Leib erfahren müssen, welche Verheerungen die Furien des Krieges anrichten, wenn sie erst das eigene Territorium erreichen. Immanuel Kant hat daraus die kluge Schlussfolgerung abgeleitet, dass Kriege nur mit Zustimmung der Bürger begonnen werden dürften:

„Wenn (...) die Beistimmung der Staatsbürger dazu erfordert wird, um zu beschließen, ob Krieg sein solle, oder nicht, so ist nichts natürlicher, als daß, da sie alle Drangsale des Krieges über sich selbst beschließen müssten (als da sind: selbst zu fechten, die Kosten des Krieges aus ihrer eigenen Habe herzugeben; die Verwüstung, die er hinter sich lässt, kümmerlich zu verbessern; ...), sie sich sehr bedenken werden, ein so schlimmes Spiel anzufangen ...“¹

Aber gilt das Argument der Selbstbetroffenheit auch heute noch? Das militärische Engagement der Bundeswehr spielt sich weitab der Grenzen Deutschlands ab. Gleichwohl stoßen die Auslandseinsätze der Bundeswehr nach wie vor bei einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung auf Ablehnung.² Diese entspringt vielleicht der Einsicht, dass auch „wir“ von den Folgen entfernter Kriege betroffen sind – sei es in Gestalt nicht abreißender Terroranschläge, in Gestalt von Flüchtlingsströmen oder in Gestalt der Kürzung von Sozialausgaben zur Finanzierung weiterer Aufrüstung. Eine wichtige Rolle bei der Legitimation des Streitkräfteeinsatzes spielt nach wie vor der Verweis auf die Notwendigkeit der – inzwischen global verstandenen – Verteidigung.³

So wird denn auch die Entsendung einer Bundeswehreinheit nach Litauen als Schutz eines NATO-Staates vor der Bedrohung durch Russland gerechtfertigt. Zum Beleg für diese Bedrohung wird auf die Annexion der Krim sowie die Unterstützung Russlands für die Separatisten in der Ostukraine verwiesen. Derzeit erleben wir eine Renaissance des Kalten Krieges: Russland gilt – wieder einmal – als die Inkarnation des Bösen, dem alles zuzutrauen ist. Vor gut 25 Jahren sah das noch ganz anders aus: Mit dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts Ende der achtziger Jahre und der Wiedervereinigung Deutschlands schien der Kalte Krieg zwischen Ost und West und das gegenseitige Wett-rüsten endgültig überwunden zu sein. Während sich viele Menschen über die erhoffte „Friedensdividende“ freuten, herrschte dagegen vor allem bei der US-amerikanischen Rüstungsindustrie Trauer. Deren Repräsentanten trafen sich 1993 mit der Clinton-Administration zu einer Runde, die als „letztes Abendmahl“ bekannt wurde – immerhin waren die Forschungs- und Beschaffungsaufträge der USA-Regierung um die Hälfte zurückgefahren worden.⁴ Einflussreiche konservative Vordenker in den USA rührten allerdings schon damals die Trommeln für neue militärische Machtentfaltung: „Infolge ihres Sieges über das Reich des Bösen erfreuen die Vereinigten Staaten sich jetzt strategischer und ideologischer Dominanz ... Oberstes Ziel der US-Außenpolitik sollte es sein, diese Dominanz zu erhalten und auszubauen“, schrieben William Kristol und Robert Kagan 1996.⁵ Sie forderten u. a. eine deutliche Erhöhung des Verteidigungshaushalts. Auch sei wichtig, dass „die NATO stark, aktiv, geschlossen und unter entschieden amerikanischer Führung bleibt.“ Tatsächlich wurde die NATO in den folgenden Jahren Schritt für Schritt nach Osten erweitert, trotz der anderslautenden Versprechen gegenüber dem russischen Regierungschef Gorbatschow, der stattdessen für ein „gemeinsames europäisches Haus“ plädierte. Bis 2014 kauften die zwölf neuen Mitgliedsstaaten denn auch US-amerikanische Waffen im Wert von 17 Milliarden US-Dollar.⁶ Nach den Berechnungen des unabhängigen Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI wurden 2016 weltweit 1.700 Milliarden US-Dollar für Militär ausgegeben, davon entfallen auf die NATO-Staaten und ihre Verbündeten (Israel, Australien, Südkorea, Japan u. a.) drei Viertel der weltweiten Rüstungsausgaben.⁷ Die Rüstungsindustrie ist inzwischen also ihrer Sorgen enthoben.

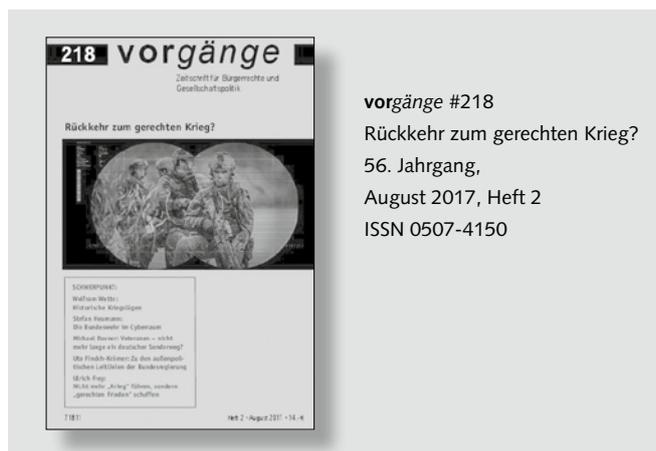
(Auszug aus dem Editorial von Sven Lüders und Martin Kutscha)

In den Beiträgen:

- **Wolfram Wette:** Historische Kriegslügen
- **Alexander S. Neu:** Rückkehr zum „gerechten Krieg“?
- **Martin Kutscha:** Außer Kontrolle? Streitkräfteeinsätze vor dem Bundesverfassungsgericht
- **Bernd Hahnfeld:** Gegen Terrorismus polizeilich, nicht militärisch vorgehen! Völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Grenzen
- **Bernhard Koch / Niklas Schörnig:** Autonome Drohnen – die besseren Waffen? Kampfdrohnen und autonome Waffensysteme aus Sicht der Theorie(n) des gerechten Krieges

- **Stefan Heumann:** Die Bundeswehr im Cyberraum: quo vadis?
- **Michael Daxner:** Veteranen – nicht mehr lange ein deutscher Sonderweg?
- **Florian Kling** im Gespräch: „Wenn niemand sich mehr traut, den Mund aufzumachen, ist die Innere Führung als Leitbild am Ende“
- **Ute Finckh-Krämer:** Zu den neuen außenpolitischen Leitlinien der Bundesregierung
- **Ulrich Frey:** Perspektivenwechsel: Nicht mehr „Krieg“ führen, sondern „gerechten Frieden“ schaffen
- **Lothar Brock / Hendrik Simon:** Krieg zum Schutz der Menschenrechte: Niemals! Oder doch?

wird die Thematik der „Rückkehr zum gerechten Krieg“ entfaltet. Dazu enthält die Ausgabe weitere Hintergrundberichte und eine Rezension. Der Beitrag von Bernhard Koch und Niklas Schörnig „Autonome Drohnen“ ist in dieser Ausgabe der FfF-Kommunikation ab Seite 15 in aktualisierter Fassung abgedruckt.



vorgänge #218
Rückkehr zum gerechten Krieg?
56. Jahrgang,
August 2017, Heft 2
ISSN 0507-4150

vorgänge – Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin, Telefon: 030/20450256, Fax: 030/20450257, E-Mail: vorgaenge@humanistische-union.de, Internet: <http://vorgaenge.humanistische-union.de>

Anmerkungen

- 1 I. Kant, *Zum ewigen Frieden*, 1795, Reclam-Ausgabe 1984, S. 12.
- 2 Vgl. W. Rösch-Metzler, *Wer Frieden will, braucht Kooperation*, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/2015, S. 13.
- 3 Vgl. M. Kutscha, „Verteidigung“ – Vom Wandel eines Verfassungsbegriffs, *Kritische Justiz* 3/2004, S. 228 ff.
- 4 Vgl. A. Cockburn, *Game on: Ost gegen West*, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2015, S. 60.
- 5 Zit. n. A. Cockburn a. a. O., S. 62.
- 6 Nach A. Cockburn a. a. O., S. 71.
- 7 Nach A. Pradetto, *Der Krieg finanziert den Krieg*, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/2017, S. 61 f.